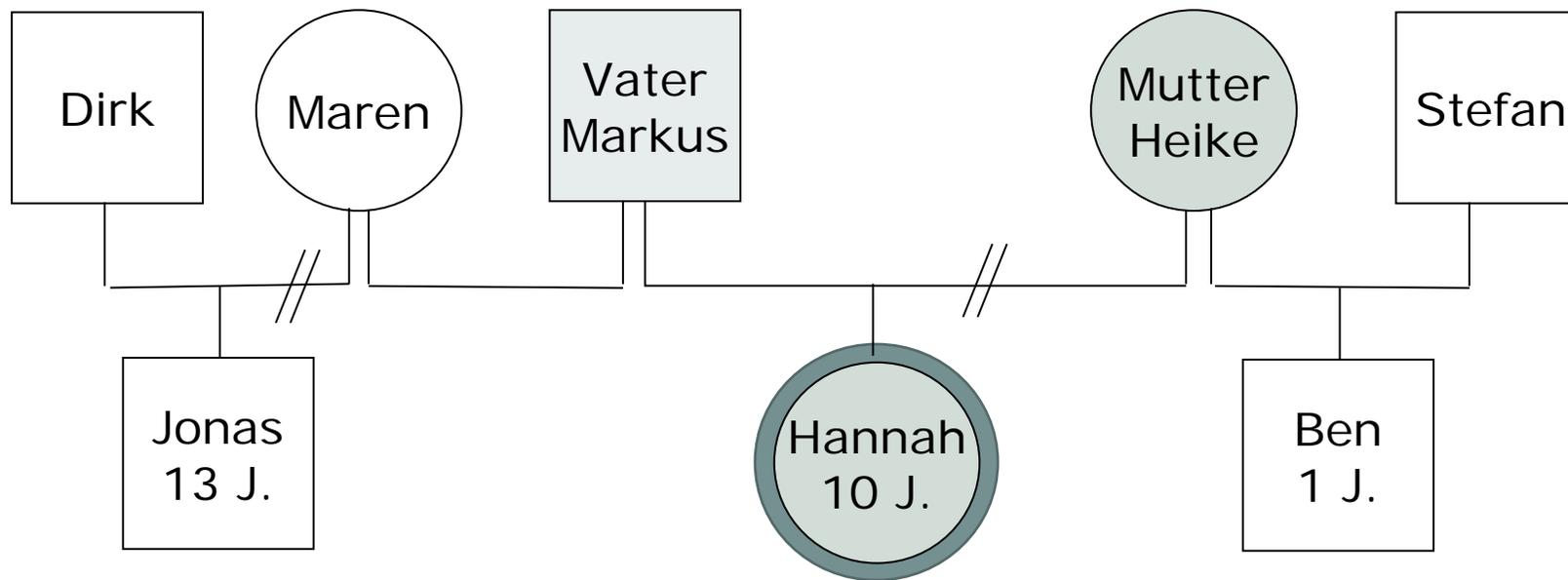




Landespsychotherapeutenkammer
Baden-Württemberg

„KÖNNEN SIE MIR NICHT MAL
KURZ WAS SCHREIBEN.“

*Auskunfts- und Schweigepflicht in der psychotherapeutischen Arbeit
mit Kindern und Jugendlichen*



HANNAH: „Ich will meinen Vater nicht mehr sehen und Sie dürfen auch nicht mit ihm sprechen!“

- Der Vater hat ein Informationsrecht, welches bei nicht einwilligungsfähigen Kindern besteht.
- Psychotherapeut_innen müssen das informationelle Selbstbestimmungsrecht minderjähriger Patient_innen unter Berücksichtigung ihrer entwicklungsbedingten Fähigkeiten wahren. Auch nicht einwilligungsfähige Kinder haben grundsätzlich Anspruch auf einen geschützten Raum in der Therapie und darauf, dass nicht alles an die Sorgeberechtigten weitergetragen wird.
- Psychotherapeut_innen sind auch dazu verpflichtet, die sorgeberechtigten Eltern in angemessener Weise über den Fortgang der Behandlung zu unterrichten und sie in den Therapieprozess einzubeziehen, wenn das für die Behandlung förderlich ist. Nur wenn es nicht förderlich ist, muss die Einbeziehung unterlassen werden, da Psychotherapeut_innen vorrangig dem Wohl ihrer Patient_innen verpflichtet sind.

DIE MUTTER: „Die Umgänge mit dem Vater tun meinem Kind nicht gut, bitte schreiben Sie mir etwas für meine Anwältin!“

- Die Psychotherapeut_in ist bei Konflikten der Sorgeberechtigten vorrangig dem Kindeswohl verpflichtet.
- Sie verstößt gegen ihre Schweigepflicht, wenn sie nur für die Mutter eine Stellungnahme in deren Sinne verfasst. Da gemeinsam sorgeberechtigte Elternteile ihr Kind nur gemeinsam vertreten können, benötigt die Psychotherapeut_in die Zustimmung beider Eltern für eine Stellungnahme.
- Es besteht keine rechtliche Verpflichtung, eine Stellungnahme zu erstellen, die ein Elternteil für eigene Zwecke erbittet.

DER VATER: „Ich will genauso viele Termine, wie die Mutter!“

- Die Psychotherapeut_in ist auch schweigepflichtig hinsichtlich der ihr von Dritten anvertrauten Informationen, insbesondere der ihr von den Bezugspersonen anvertrauten Geheimnisse.
- Es besteht grundsätzlich keine Verpflichtung, dem Kindesvater gegenüber Auskunft darüber zu erteilen, wie viele und zu welchen Terminen Gespräche mit der Mutter stattgefunden haben, da auch das bereits ein schützenswertes Geheimnis sein kann.
- Eine Rechtsverpflichtung, Termine für Bezugspersonengespräche zu gleichen Teilen zwischen den Sorgeberechtigten vergeben zu müssen, besteht nicht. Die Ausgestaltung der Termine liegt im therapeutisch-fachlichen Ermessen der Psychotherapeut_in.

DIE GUTACHTERIN: „Sie kennen das Mädchen gut, ich möchte Ihr Wissen nutzen.“

- Gegenüber einer Gutachterin besteht keine Zeugnispflicht, die Auskunft kann auch bei wirksamer Schweigepflichtsentbindung verweigert werden. Die Sachverständige kann dennoch Kenntnis erlangen, indem die Psychotherapeut_in auf richterliche Anordnung verpflichtet wird, die sich in ihrem Besitz befindlichen Behandlungsunterlagen dem Gericht vorzulegen. Dies kann nur verweigert werden, wenn die Vorlage „unzumutbar“ ist.
- Bei Minderjährigen, die selbst noch nicht einwilligungsfähig sind, müssen die Sorgeberechtigten die Psychotherapeut_in von der Schweigepflicht entbinden. Bei Konflikten muss die Psychotherapeut_in sich vorrangig am Kindeswohl orientieren.
- Psychotherapeut_innen vor Gericht haben jedoch grundsätzlich eine Zeugnis- und eine Wahrheitspflicht, wenn sie von der Schweigepflicht entbunden sind. Sie müssen der Ladung Folge leisten, sonst drohen Sanktionen.

DIE SCHULE: „Für einen Nachteilsausgleich benötigen wir eine Bescheinigung.“

- Die Psychotherapeut_in ist grundsätzlich zur Erstellung einer kurzen Bescheinigung (Diagnose und Empfehlung) auf der Basis des bestehenden Behandlungsvertrages verpflichtet.
- Empfehlungen zum Nachteilsausgleich sollten nur dann abgegeben werden, wenn die Psychotherapeut_in über die Erfahrungen und Kenntnisse verfügt, um dazu eine qualifizierte Aussage treffen zu können.

DAS JUGENDAMT: „Wir möchten eine Stellungnahme zur Feststellung einer drohenden seelischen Behinderung.“

- Die Psychotherapeut_in ist grundsätzlich gegenüber dem Jugendamt zur Stellungnahme verpflichtet, wenn das Jugendamt die erbetenen Auskünfte / gutachterlichen Einschätzungen zur Erfüllung der Aufgaben benötigt und die Sorgeberechtigten des Kindes (beide) ihre Einwilligung erteilt und die Psychotherapeut_in von der Schweigepflicht entbunden haben.
- Nach §35a SGB VIII sind Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten ebenfalls als Sachverständige aufgeführt und können nach entsprechender Schweigepflichtentbindung eine Stellungnahme abgeben.
- Die Stellungnahme / gutachterliche Einschätzung muss unabhängig, neutral und nach bestem Wissen und Gewissen erstellt werden und die Rolle als Gutachterin muss von der Rolle der Behandlerin klar getrennt werden.

<https://www.lpk-bw.de/fachportal/kjp/rechtsfragen>

Telefon: 0711 – 674470-18

Mail: info@lpk-bw.de



Landespsychotherapeutenkammer
Baden-Württemberg

**VIELEN DANK FÜR IHRE
AUFMERKSAMKEIT!**